

Argument der Woche

SPD-Wahlprogramm: Vorbereitung zum Wahlbetrug

16. April 2009

Es hört sich gut an: Gesetzlicher Mindestlohn, höhere Steuern für Reiche, Begrenzung von Managergehältern, mehr Mitbestimmung für Beschäftigte, gute Arbeit statt prekäre Beschäftigung, staatliche Hilfen für notleidende Unternehmen, eine Börsenumsatzsteuer usw. Das alles will die SPD in ihr Programm zu Bundestagswahl 2009 aufnehmen.

Gleichzeitig wünscht sich die SPD eine Koalition mit den Grünen und der FDP. Passt das zusammen? Nein! Die FDP lehnt höhere Steuern für Reiche ab, sie will die Managergehälter nicht begrenzen, die Mitbestimmung ist ihr ein Dorn im Auge und den Mindestlohn hält sie für Teufelszeug.

Keine der Forderungen der SPD, die die Gesellschaft gerechter machen würden, wird diese in einer Koalition mit der FDP umsetzen können. Das gilt auch für den Fall, dass die Große Koalition fortgeführt wird. CDU und CSU haben sich bisher gegen den gesetzlichen Mindestlohn und höhere Steuern für Reiche gesperrt. Warum sollten sie ihre Blockade nach der Bundestagswahl aufgeben? Dafür gibt es keinerlei Anzeichen. Müntefering und Co. bereiten den nächsten Wahlbetrug vor, wenn sie vorgeben, linke Forderungen mit Marktradikalen und notorischen Steuersenkern umsetzen zu können oder an eine Fortsetzung der Großen Koalition mit anderem Inhalt glauben.

Aber will denn die SPD wirklich eine sozialere Politik? Hier sind starke Zweifel erlaubt: Noch in jüngster Vergangenheit hat sie Initiativen der LINKEN für den gesetzlichen Mindestlohn, für gerechte Steuern, für ein höheres Arbeitslosengeld II, für einen Schutzschirm für die Menschen, für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und anderes mehr abgelehnt. Ihren sozialen Worten lässt die SPD seit Schröder regelmäßig unsoziale Taten folgen. Deshalb liegt es nahe, dass die SPD schöne Dinge in ihr Wahlprogramm schreibt, von denen sie nach der Wahl nichts mehr wissen möchte.

Sieht man bei den Wahlforderungen der SPD genauer hin, erkennt man, dass eine wirkliche Abkehr von der unsozialen Politik der vergangenen Jahre nicht beabsichtigt ist. Eine Auswahl:

- Die SPD hat die Hartz-Gesetze eingeführt: Arbeitslose werden gegängelt, bespitzelt und zur Annahme menschenunwürdiger Arbeit gezwungen.
- An der Rente ab 67 Jahren hält die SPD fest. Das bedeutet Rentenkürzungen für Millionen Menschen, die es nicht bis 67 schaffen.
- Mit der Agenda 2010 hat die SPD der Ausweitung schlechter Arbeit den Weg geebnet: Leiharbeit, befristete Beschäftigungen, Teilzeitjobs, Scheinselbständigkeit und Minijobs wurden seitdem für Millionen Menschen zur traurigen Wirklichkeit. Gleichzeitig nahm die Zahl der sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätze rapide ab.
- Unter Führung der SPD wurden die Steuern von Großunternehmen und Großverdienern stark gesenkt, während Menschen mit Durchschnittsverdienst und kleinere Unternehmen kaum entlastet wurden. Steuern für Reiche zu erhöhen, wie es die SPD nun angeblich will, ist nur ein kleiner Teil dessen, was für ein gerechtes Steuersystem notwendig wäre.

SPD unglaublich: sie will Koalitionen, in denen ihre Forderungen nicht umsetzbar sind:

Die SPD will...	mit FDP umsetzbar	mit CDU/CSU umsetzbar
einen gesetzlichen Mindestlohn einführen	nein	nein
Prekäre Beschäftigung zurückdrängen	nein	nein
Reiche höher besteuern	nein	nein
Managergehälter begrenzen	nein	nein
Mitbestimmung für Beschäftigte verbessern	nein	nein
Steueroasen schließen	nein	nein
Unternehmen in der Krise mit staatlichen Mitteln helfen	nein	nein
eine Börsenumsatzsteuer einführen	nein	nein



DIE LINKE – Wahlquartier
 Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
 Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
 wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de